

Vom Freiheitsdrang zum Wohlstandswunsch

Debatten um eine Mainzer Studie zur westdeutschen Sicht auf die DDR-Opposition im Jahr der Wende

Es gibt Reizthemen, die beim Zusammentreffen von ost- und westdeutschen Journalisten Stunden ungewollter Diskussion auslösen können. Eins davon ist die Sicht der BRD-Medien auf die DDR-Opposition im Jahr der Wende.

Wie die Journalisten aus der damaligen Bundesrepublik über die DDR, d.h. vor allem über die Menschen im anderen Teil Deutschlands dachten, welche Informationen sie hatten und wie sie diese ihrem Publikum vermittelten, war Gegenstand

lern fünf Hauptmotive für ihr Handeln zu (in Anteilen aller Aussagen über Motive):

Ablehnung des DDR- Sozialismus	(38 %)
Verlangen nach Freiheit	(33 %)
Wunsch nach materiellem Wohlstand	(15 %)
Deutsche Einheit	(9 %)
Persönliche Gründe	(3 %)



Leipziger Wünsche am 30. Oktober 1989

einer Untersuchung von Andreas Czaplicki und Hans Mathias Kepplinger, beide vom Institut für Publizistik der Universität Mainz. Die Autoren haben die Berichterstattung von vier Qualitätszeitungen, einem Boulevardblatt, drei Wochenblättern und zwei Fernsehanstalten über 25 herausragende Ereignisse vom Beginn der Botschaftsbesetzung Ende Juli 1989 bis zur ersten freien Wahl in der DDR am 18. März 1990 analysiert.

Die westdeutschen Medien, so ergab die Untersuchung, schrieben den Demonstranten, Flüchtlingen und Übersied-

Treibende Kraft war nach Ansicht der westdeutschen Journalisten zunächst der Wunsch nach Freiheit, weniger der nach materiellem Wohlstand. Eine Ausnahme machte von Anfang an nur die „Frankfurter Rundschau“. Sie schrieb den Oppositionellen in der DDR häufiger materielle Beweggründe als das Streben nach Freiheit zu.

Die Darstellung der Motive der ostdeutschen Oppositionellen änderte sich allerdings bis zum Frühjahr 1990 vollkommen. Zu diesem Zeitpunkt berichteten alle zur Untersuchung herangezogenen Medien vorwiegend über materielle Gründe. Der Wunsch nach Freiheit wurde kaum noch erwähnt.

Die dargestellten Motive der Medien schlugen sich massiv in den Vorstellungen der Westdeutschen nieder, so die These der beiden Autoren. Meinten im September 1989 nahezu zwei Drittel der Westdeutschen, „für die Deutschen aus der DDR“, die jetzt zu uns kommen, sei „die Freiheit“ wichtiger als „höherer Lebensstandard“, so war es im März 1990 umgekehrt. Zwei Drittel glaubten zu diesem Zeitpunkt, daß den Übersiedlern der höhere Lebensstandard wichtiger sei als die Freiheit.

Kepplinger und Czaplicki ziehen aus diesen Daten weitreichende Schlüsse: Die bundesdeutschen Medien hätten den Westdeutschen den Glauben an die Lauterkeit der DDR-Opposition geraubt; so seien die Ostdeutschen um das einzige gebracht worden, was sie den Westdeutschen hätten voraushaben können: die Beseitigung der SED-Herrschaft als Grund, auf etwas stolz zu sein. Damit hätten die westdeutschen Medien ein mögliches Symbol für deutschen Freiheitswillen verdorben und den Prozeß des deutsch-deutschen Zusammenwachsens erschwert.

Angesichts solcher Vorwürfe war es kein Wunder, daß die Vorstellung der Studie auf den III. Leipziger Hochschultagen für Medien und Kommunikation eine heftige Debatte nach sich zog. Ein einleuchtender Einwand betroffener Journalisten, aber auch methodisch sensibler Sozialforscher: War denn die Oppositionsbewegung in der DDR im Frühjahr 1990 noch dieselbe wie im Sommer 1989? Hatten sich ihre dominierenden Motive nicht tatsächlich in dieser Zeit gewandelt, und zwar in die von den westdeutschen Medien wiedergegebene Richtung?

Viele, die dabei waren, bezeugen nach wie vor, daß die 70000, die am 9. Oktober 1989 auf dem Leipziger „Ring“ ihren Freiheitswillen mit dem Satz „Wir sind das Volk!“ zum Ausdruck Erfüllte Wünsche nach der Maueröffnung

brachten, nicht dieselben waren wie die Hunderttausende, die wenige Wochen später an gleicher Stelle „Wir sind ein Volk!“ skandierten oder die Millionen, die sofort nach der Maueröffnung in Westberlin, Lübeck, Kassel oder Hof ihr „Begrüßungsgeld“ in die Warenhäuser trugen. Das „Neue Forum“ und andere Bürgerrechtsgruppen selbst sprechen von der „Wende in der Wende“, die am 9. November 1989 begann: In ihr verblaßte das Motiv der demokratischen Freiheit, während die - wieso eigentlich unehrenhaften? - Motive der Einheit und des Wohlstands wichtiger wurden.

Und das hätte sich nicht in den westdeutschen Medien spiegeln sollen? Wäre es dort nicht berichtet worden, hätten die westdeutschen Journalisten sich den berechtigten Vorwurf gefallen lassen müssen, schlechte Beobachter zu sein.

Aus Mainz kommen immer wieder Studien, die den Medien einen enormen Einfluß auf politische Ereignisse und gesellschaftliche Prozesse zutrauen. Daran schließt sich in der Regel die Klage, die Journalisten gingen mit dieser Macht verantwortungslos um, indem sie ihre subjektiven Vorstellungen und Interessen zur Richtschnur der Berichterstattung machten.

So löblich die ideologiekritische Absicht ist, massenkulturelle Verzerrungen, also Diskrepanzen zwischen medialem Schein und berichtetem Geschehen aufzudecken, was ja zweifellos zur Orientierung der Öffentlichkeitsberufe auf Wahrheit beiträgt: Medienwissenschaftler sollten trotzdem die vom journalistischen Selbstverständnis und von der Kommunikationstheorie gewollte Möglichkeit, daß die Berichterstattung dem Geschehen folgt anstatt umgekehrt, nicht ganz aus den Augen verlieren.

Jana Hennig/Horst Pöttker

